

westlicher Juristenlogik (S. 70 ff.), wenn neue Staaten zwar nach traditionellem Völkerrecht die Staatseigenschaft in Anspruch nehmen, andererseits aber es nicht zur Gänze anerkennen wollen. Wenn dies gleichwohl ständig vorkommt, darf der Völkerrechtler füglich das Rechtssystem in Frage stellen. Zumindest muß er die mehr statische Ordnung (vgl. die Zeiträume, die für die Bildung von Völkergewohnheitsrecht angenommen werden) gegen eine dynamische vertauschen (S. 72). Ist aber ein unmittelbar dynamisches Recht noch Recht oder eine mehr oder minder genaue Beschreibung jeweils bestehender Interessenlagen? Der Verfasser geht davon aus, daß ein neues, den gewandelten Interessen angepaßtes Recht in erster Linie durch die Vereinten Nationen — wo die neuen Staaten in der Mehrheit sind — herbeigeführt werden kann (S. 73—83). „There is little doubt that a common law of mankind based on universal values is emerging. All what we need is faith and trust in each other and confidence in our future“ (S. 85). Hoffen auch wir, daß der Verfasser recht behält. Er selbst fühlt sich durch die Beschreibung des zunehmenden Nord-Süd-Gegensatzes und die bisher wenig erfolgreichen Bemühungen um eine Änderung (S. 86 ff.) kaum veranlaßt, die Tauglichkeit des Rechts für eine Verbesserung der Welt in Frage zu stellen.

Das Buch kann Lesern, die sich erstmals mit der Frage nach der Geltung des internationalen Rechts für die neuen Staaten konfrontiert sehen, zur Gewinnung eines ersten Überblicks empfohlen werden. Mit Hilfe der zitierten Literatur (der Verfasser verwendet praktisch keine Originalquellen) kann man sich dann weiter einarbeiten. Für Völkerrechtler dagegen bietet das Buch praktisch nichts Neues. Jedoch ist es geeignet, noch einmal deutlich zu machen, daß der Eurozentrismus im Völkerrecht langfristig keine Chancen mehr hat.

In der Zusammenfassung weist Anand noch einmal darauf hin, daß das Völkerrecht nur dann seine Aufgabe, zum Frieden beizutragen, erfüllen kann, wenn es von einem Recht der Koexistenz zu einem Recht der Kooperation wird. Man könnte dies vielleicht auch so ausdrücken: Völkerrecht muß das Recht des Kompromisses, des gegenseitigen Nachgebens, werden und aufhören, ein Recht der Adjudikation zu sein. Darin könnte der wichtigste Beitrag der neuen Staaten zur Fortentwicklung des Völkerrechts liegen.

Henning v. Wedel

DIRK BERG-SCHLOSSER (Hrsg. und Einl.)

### **Die politischen Probleme der Dritten Welt**

Hoffmann und Campe Verlag, Hamburg, 1972, 424 S.

In der neuen „Reader“-Reihe des Hoffmann und Campe Verlages hat der Verfasser den Versuch unternommen, zu politischen Problemen der „Dritten Welt“ wichtige Arbeiten international bekannter Wissenschaftler auf deutsch vorzustellen, dabei zugleich über die Stufe bloßer Textsammlungen („reader“ im eigentlichen Sinne) hinaus ein Mittelding zwischen reader und systematischem Lehrbuch zu schaffen. Nach einer ausführlichen Einleitung werden die ausgewählten Texte in sechs Kapiteln präsentiert, deren Abfolge auf einer bestimmten theoretischen Modellkonzeption des politischen Systems und seiner Beziehungen zum sozialen (Gesamt-)System beruht. Alle Abschnitte sind mit z. T. umfangreichen Einleitungen versehen, die gute und durchaus selbständige Einführungen in den jeweiligen Problemkreis geben (z. B. zu dem der internationalen Abhängigkeit, S. 349—371).

Die mit einem solchen Unternehmen aufgeworfenen Probleme sind in unterschiedlicher Weise gelöst. Zunächst ist es natürlich zu begrüßen, daß der Herausgeber dem immer noch „unterentwickelten“ Zweig der Politikwissenschaft in Deutschland, der sich mit Problemen der Dritten Welt befaßt, vor allem für den akademischen Lehrgebrauch eine handliche Sammlung wichtiger Texte anbietet. Sie stammen überwiegend aus dem angelsächsischen Bereich, der dem deutschsprachigen an Intensität und Quantität der Beschäftigung mit dem Gegenstande immer noch weit voraus ist. Hervorzuheben ist allerdings, daß die Zielgruppe des Bandes vor allem der akademische Lehrbereich ist. Von hier aus rechtfertigt sich wohl auch die deutsche Übersetzung der Texte. Wer dagegen etwa an den „frontiers of research“ steht, wird weniger Anregung aus ihm ziehen. Handelt es sich doch überwiegend um „alte Bekannte“, zum Teil zehn Jahre alt und älter, allerdings durchweg um bedeutsame Arbeiten, die zu ihrer Zeit eine wichtige anregende Wirkung auf die Entwicklung der Wissenschaft — sei es durch Weiterführung oder Widerspruch — wie auch auf die (amerikanische) Politik gehabt und deshalb ihre Bedeutung bewahrt haben. Hier wären etwa zu nennen: Lucian W. Pye: Die Rolle der Armeen im Prozeß politischer Modernisierung, ursprünglich in den „Archives Européennes de Sociologie“ 1961, dann schon in dem Reader von J. J. Johnson: *The Role of the Military in Underdeveloped Countries* (Princeton UP 1962), abgedruckt. Oder S. P. Huntington: Politische Entwicklung und politischer Verfall (aus: *World Politics* April 1965). Es würde zu weit führen, alle Beiträge einzeln zu erwähnen, es sei nur noch auf Autoren wie Zolberg, Geertz, D. Lerner, LaPalombara/Weiner, Apter, Eisenstadt, C. Leys u. a. (jeweils mit bekannteren Arbeiten) hingewiesen.

Zweifelhafter ist der Versuch, den Reader zum systematischen Lehrbuch hochzustilisieren. Zunächst: Sehr unterschiedliche und selbständige Autoren lassen sich ex post nur schwer in ein — wie auch immer konzipiertes — systematisch-theoretisches Gerüst einbauen, und sei es noch so stringent entwickelt. Der oben erwähnte Aufsatz von Pye beispielsweise über Armee und politische Modernisierung findet sich hier im Kapitel „Legitimität des politischen Systems“. Das ist aber nicht die einzige und möglicherweise nicht die dominierende Problemstellung dieser Arbeit. Sie könnte ebenso sinnvoll fast in allen anderen Kapiteln des vorliegenden Bandes ihren Platz finden: in jenem über die Abhängigkeit (Pye macht sehr deutlich, wie das Militär zum Vermittler von Abhängigkeitsstrukturen werden kann<sup>1</sup>), aber auch in den Abschnitten über Verteilung, Leistungsfähigkeit politischer Systeme usw. Dieses Problem stellt sich allerdings notwendig und immer bei der Auswahl und Ordnung für einen Reader.

Problematischer ist die systematische Ordnung selbst. Der Herausgeber lehnt sich an den Entwicklungskrisenansatz des „Committee on Comparative Politics“ (Princeton) an und verbindet ihn mit dem Modell eines (relativ) autonomen „politischen Systems“ und seinen Wechselbeziehungen zur „Gesellschaft“ und zur internationalen Umgebung andererseits. Inputs aus beiden Bereichen werden danach in den Umwandlungsstrukturen des „zentralen politischen Systems“ verarbeitet. (Das Beiwort „zentral“ deutet an, daß dem Autor die schablonisierende Trennung selbst fragwürdig vorkommt und er unterschwellig offenbar die „Gesellschaft“

1 Vgl. die kritische Auseinandersetzung mit Pye bei Bassam Tibi: *Militär und Sozialismus in der Dritten Welt* (Frankfurt/M. 1973), S. 19 ff.

doch in das — weitere? — politische System einbezieht.) In diesem System erscheinen nun wieder die — nach G. Almond — drei universalen („requisite“) Funktionen, die angeblich von jedem politischen System wahrgenommen werden: rule-making, rule-application, rule-adjudication. Gleichzeitig wird „das Politische“ in Anlehnung an die Webersche Definition bestimmt (alles in der Einleitung, besonders S. 32 ff.). Das „politische System“ ist also mit anderen Worten nichts anderes als der westliche Funktionen- (wenn nicht Gewalten-) teilende Staats- und Zwangsapparat. Diese Konzeption ist für die westliche Industriegesellschaft vermutlich nicht weniger unzulänglich als für die sog. Entwicklungsgesellschaften. Die wichtigste und übergeordnete Funktion, wenn schon von solchen die Rede sein soll, dürfte die Formulierung oder Definition von Problemen und Zielen sein. Sie tritt hier überhaupt nicht in Erscheinung. Zum anderen ist die Trennung, und sei es auch nur für analytische Zwecke, des politischen „Systems“ vom gesellschaftlichen (wirtschaftlichen usw.) „System“ der Erfassung und Schaffung von Wirklichkeit gerade in den Entwicklungsländern eher hinderlich. Sie setzt voraus, was zu schaffen gerade in der sog. Dritten Welt oft erst das eigentliche Problem ist. Es hat auch für analytische (geschweige denn entwicklungspolitische) Zwecke wenig Sinn, von einer Ausdifferenzierung von Funktionen auszugehen, die sich an historischen Realvorgängen in westlichen Gesellschaften orientieren, sodann diese Funktionen zu verabsolutieren und mittels ihrer andere Gesellschaften zu analysieren, die keine entsprechenden spezialisierten Rollen und Strukturen hervorgebracht haben. Die Suche nach diesen Entsprechungen, die künstliche Isolierung des politischen „Systems“ vom gesellschaftlichen usw. „System“<sup>2</sup> verstellen den Blick dafür, daß es sich auch hier um gesellschaftlich-politische Gesamtheiten handelt, für deren Überleben oder „Entwicklung“ aber u. U. andere als die traditionellen und angeblich ubiquitären drei (s. o.) Funktionen viel wichtiger sind, nämlich z. B. die Problem- und Richtungs-(Ziel-)Formulierung. Erst diese analytische Verengung der Perspektive, hervorgerufen durch die immanenten Schwächen der Systemtheorie und der vom Herausgeber nicht weiter diskutierten, aber letztlich seinem Ansatz mit zugrundeliegenden strukturell-funktionalen Theorie<sup>3</sup>, begründet die offenbare und berechtigte Sorge des Herausgebers, die eigentlich politischen Probleme könnten zu kurz kommen. Damit hängt auch zusammen, daß man den Verdacht nicht ganz los wird, der Autor habe ein etwas konservatives Pendant zu dem mehr polit-ökonomisch orientierten Sammelband von Michael Bohnet liefern wollen<sup>4</sup>. Zu diesem Eindruck paßt die Tatsache, daß durch Weglassungen in den Texten — so jedenfalls bei dem erw. Aufsatz von Pye über die Rolle der Armeen im Modernisierungsprozeß — die Gewichte verschoben werden: in dem zitierten Falle ist kaum noch zu erkennen, wie das Militär bei Pye eindeutig und bewußt als Agent US-amerikanischer Interessen konzipiert wird.

Von seinem analytischen Ausgangspunkt her kann der Verfasser jedoch einigermaßen folgerichtig (vorbehaltlich der oben erwähnten Einordnungsprobleme) in sechs Kapiteln die Sachprobleme entfalten und die Texte entsprechend ordnen: nationale Integration, politische Teilnahme, Legitimität und Leistungsfähigkeit des

2 Sie ist u. a. verantwortlich für die Entstehung so diffuser und monokausaler Theorien wie des sog. Realismus (Machttheorie) von H. J. Morgenthau.

3 Vgl. zur ersten in unserem Zusammenhang Herbert J. Spiro: An Evaluation of Systems Theory, in: James C. Charlesworth ed.: Contemporary Political Analysis, New York, London 1967, S. 164—174, 172.

4 Das Nord-Süd-Problem, München 1971.

politischen Systems, Probleme der Verteilung und der (internationalen) Abhängigkeit. — Zum letzteren Thema hätte man sich statt der Stellungnahmen von Nkrumah und Eppler wissenschaftliche Beiträge gewünscht, die die Breite der Erklärungsansätze für dieses Phänomen, die beim Herausgeber nur in der Einleitung zum Schlußkapital bzw. in den Fußnoten aufscheinen, repräsentativ hätten zur Geltung bringen können.

Knud Krakau

HENRY BIENEN

**Kenya, The Politics of Participation and Control**

Princeton University Press, Princeton, 1974, X, 215 S.

Kenya ist, wie die Elfenbeinküste, eines der wenigen Entwicklungsländer, die ein spektakuläres Wirtschaftswachstum erleben und politische Stabilität beweisen. Da sie diese Erfolge mit Hilfe eines kapitalistischen Entwicklungsweges erreichen, d. h. mit starker Begünstigung westlichen Kapitals und unter bewußter Inkaufnahme ungleicher Entwicklung in der Einkommensverteilung, ernten sie nicht nur Lob, sondern auch Kritik, die darauf hinweist, daß die wirtschaftlichen Erfolge nicht der ganzen Bevölkerung zugute kommen, sondern internationalen Firmen, europäischen und asiatischen Minderheiten, einer kleinen afrikanischen Elite, und der Stadt mehr als dem Land.

In Bienens<sup>1</sup> Analyse des politischen Systems Kenias überwiegt die positive Bewertung die Kritik (vgl. S. 21, 183 ff. und passim). Dabei sind allerdings zwei Gesichtspunkte, die in seiner Darstellung deutlich werden, zu betonen:

1. Kenia ist ein Sonderfall.

2. Die Sachverhalte, auf die Kritiker hinweisen, bestehen tatsächlich, müssen nach Bienens Auffassung jedoch relativiert werden.

Ein Sonderfall ist Kenia vor allem, weil die Kolonialpolitik ihm einen starken civil service (S. 25 ff.) und eine schwache Parteistruktur (S. 66 ff.) hinterlassen hat. Die verglichen mit anderen afrikanischen Staaten überdurchschnittliche Größe und Qualität des civil service hatten ihren Grund in den Bedürfnissen der weißen Siedler nach administrativen Leistungen (S. 30 f.). Die Schwäche des Parteiensystems beruhte einmal darauf, daß Kenias starker Mann, Kenyatta, während der wichtigsten Jahre für den Aufbau von Parteien vor der Unabhängigkeit im Gefängnis war, so daß einerseits eine unangefochtene politische Führung fehlte, andererseits Kenyatta, auch nachdem er KANU-Präsident geworden war, die Partei nie vollständig kontrollierte (S. 73 ff.); zum anderen darauf, daß die Parteien zur Unabhängigkeit auf Stammes- und regionaler Basis organisiert waren, und sich dieser Zustand, nachdem KANU alle Oppositionsparteien aufgesogen hatte, in Zersplitterung und Fraktionsbildung innerhalb der Einheitspartei fortsetzte (S. 81 ff.). Unter diesen Umständen ist es verständlich, daß Kenyatta und seine Vertrauten im Kern der Exekutive den civil service, statt der Partei, sowohl für Kontroll- wie Mobilisierungsaufgaben wählten.

Dieses System, und hier könnten Kritiker unter anderem ansetzen, schränkt die Beteiligung der Bevölkerung an der politischen Willensbildung und den Zwang,

---

<sup>1</sup> Vom selben Verfasser stammt die bisher bedeutendste Darstellung des ganz anderen Entwicklungsweges im benachbarten Tansania, vgl. Henry Bienen, *Tanzania: Party Transformation and Economic Development*, Princeton 1970, besprochen von Krüger in VRÜ 1971, S. 231.